

Schriftlich eingereicherter Redebeitrag von Helmut Woda, Baden-Württemberg

20. Parteitag der DKP, 2.2.2013, Mörfelden

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung treffen den Nagel auf den Kopf. Das Maß ist voll, wir müssen die Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund rücken.

Unterstützung und Rückenwind bekommen wir auch durch den offenen Briefe von über hundert Wissenschaftlern und Gewerkschaftern, in dem eine 30-Stunden-Woche gefordert wird.

Sie stellten ihn unter die Überschrift: „Notwendig ist eine faire Verteilung der Arbeit durch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung“. Und sie fordern: „Ohne Arbeitszeitverkürzung nie wieder Vollbeschäftigung“.

Dem steht freilich das Allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation entgegen, welchem mit Notwendigkeit eine Industrielle Reservearmee/Relative Überbevölkerung entspringt. Und faire Verteilung der Arbeit im Kapitalismus?

Da sind leider Schwächen, aber der Offene Brief hat eben auch eine Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der Partei Die Linke im Blick.

In einem andere Punkt können und wollen wir dem Offenen Brief nicht folgen. Im Offenen Brief steht: Wir, die Unterzeichnenden dieses offenen Briefes, wenden uns an die RepräsentantInnen der Gewerkschaften, an alle demokratischen Parteien, die SpitzenvertreterInnen der Sozial- und Umweltverbände sowie die Kirchenvorstände in Deutschland mit der dringenden Bitte, dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit höchste wirtschaftliche und politische, soziale und humanitäre Priorität einzuräumen.

Natürlich, der Kampf ist dringend. Aber wir sagen und wissen, dass Arbeitszeitverkürzung nur von den Gewerkschaften durchgesetzt werden kann. Wir halten es für gefährlich, die Rolle der Gewerkschaften zu relativieren und sie im Konzert aller demokratischen Parteien, den SpitzenvertreterInnen der Sozial- und Umweltverbände sowie den Kirchenvorständen, zu marginalisieren und untergehen zu lassen.

Der Kampf um einen Normalarbeitstag wird von Marx erklärt als Widerspruch des Gesetzes des Warenaustauschs. Damit findet der Kampf um Arbeitszeitverkürzung lückenlos im Rahmen des Warenaustausches statt, darin bleiben wir dann stecken, wenn wir diesen Kampf nicht mit einer weiterreichenden Perspektive verbinden.

Jede Reform wird früher oder später scheitern, wenn sie nicht mit der Revolution schwanger geht, wenn sie die Revolution nicht in sich enthält! Für Arbeitszeitverkürzung heißt das, nicht nur die Ebene des Warenaustausches sondern die Frage der Produktionsverhältnisse mit aufzugreifen.

Genau darum geht es beim Antrag aus Baden-Württemberg „Die Staatsschulden dem Kapital anlasten“, Antrag-Nr. B-03.

Die Antragskommission befand: „Der Zweck des Antrages ist unklar“. Was aber steht tatsächlich in B-03?

Im ersten Teil geht es um eine Analyse der Krise vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus.

Der Antrag analysiert die Krise zunächst allgemein als Überproduktionskrise und arbeitet anschließend die besondere Rolle der Staatsverschuldung heraus, wobei von einem qualitativen Umschlag der Institution der Staatsverschuldung ausgegangen wird, der sich aus der exorbitant gestiegenen Quantität der Staatsschulden heraus erklären lässt.

Im zweiten Teil bietet der Antrag eine auf der Grundlage der Krisenanalyse erarbeitete Strategie an, wobei im Zentrum die Dialektik von Reform und Revolution steht.

Genosse Joachim Schubert von der Sammelbetriebsgruppe Metall, Mannheim, wirft dem Antrag in einem UZ-Leserbrief („Auf Abwegen“, UZ vom 22.2.2013, Seite 15) hier „kleinbürgerliche, ungeduldige Revolutionsromantik“ vor.

Unter anderem, weil es darin heißt: „Jede einzelne Forderung muss einen direkten Angriff auf das kapitalistische Privateigentum darstellen“.

Bei diesem und ähnlichen Sätzen handelt es sich lediglich um umformulierte Marx-Zitate. Marx selbst stellt fest: „[Die Arbeiter] müssen die Vorschläge der Demokraten [...] auf die Spitze treiben und sie in direkte Angriffe auf das Privateigentum verwandeln“ (MEW 7: 253f.).

Nichts anderes fordert auch der Antrag.

Ich frage euch: War Marx Anhänger einer kleinbürgerlichen, ungeduldigen Revolutionsromantik? Oder hat er nur die Dialektik von Reform und Revolution begriffen?

Ziehen wir Lenin heran. Dieser stellt fest: „entweder revolutionärer Kampf, dessen Nebenprodukte im Falle eines nicht vollkommenen Erfolgs Reformen zu sein pflegen [...], oder nichts außer Gerede über Reformen und Versprechungen von Reformen“ (LW 23: 197).

Ich frage euch: War Lenin Anhänger einer kleinbürgerlichen, ungeduldigen Revolutionsromantik? Oder hat auch er nur die Dialektik von Reform und Revolution begriffen?

Der Antrag sagt nicht anderes, als dass jede Reform früher oder später scheitern wird, wenn sie nicht mit der Revolution schwanger geht, wenn sie die Revolution nicht in sich enthält! Damit fordert der Antrag nichts anderes als das, was Marx und Lenin während ihres gesamten politischen Lebens auch gefordert haben

Was ist also der Zweck des Antrages?

Der Zweck des Antrages ist es, die Politik der DKP auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen!

Der Zweck des Antrages ist es, eine klare, wissenschaftlich fundierte Strategie für die kommenden Jahre zu entwickeln!

Kurz: Der Zweck des Antrages ist die Anerkennung der Gesetze der Dialektik von Reform und Revolution!

Und genau da und deshalb ist für den Antrag des PV zur Arbeitszeitverkürzung noch eine entsprechende Erweiterung erforderlich. Denn Arbeitszeitverkürzung kann nur eine Zwischenetappe darstellen, eine stabile Neuordnung der Arbeitszeit ist nur durch vollständige Übernahme der Produktionsmittel in Gemeineigentum möglich.